

einigung wurde beschlossen, nimmere die Öffentlichkeit über die erfolgte Gründung zu unterrichten. Die Vereinigung hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern zu fördern und zu vertiefen. Den Vorsitz hat in der englischen Gruppe Lord Reading, in der deutschen Reichsfänger a. D. Cuno übernommen. Beide Gruppen haben Vorstände gebildet, denen u. a. Mitglieder aller Parteien beider Länder angehören.

Japanisch-chinesischer Zwischenfall

Neuer meldet: Nach einer Meldung aus Mukden kam es in Fichting in einem Restaurant zu einem Zusammenstoß zwischen chinesischen Polizisten und japanischen Soldaten von der Eisenbahnwache. Der Zusammenstoß nahm rasch bedenkliche Formen an, und die chinesischen Polizisten gaben auf die japanischen Soldaten Feuer, wobei drei Japaner verwundet wurden. Das japanische Garnisonkommando entsandte ein Bataillon auf die chinesische Polizeiwache, ließ die chinesischen Polizisten entwaffnen und die an dem Zusammenstoß Beteiligten festnehmen.

Neue innerpolitische Unruhen in China

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Drei Generale in Szechuan und Kansau sind von der Nankingregierung beauftragt worden, ihre Streitkräfte gegen General Kiangshahwei, den Befehlshaber der vierten Division, mobil zu machen, der sich der konservativen Kwangsi-Gruppe angeschlossen hat und die Absicht zu haben scheint, sich der Provinz Kwangtung zu bemächtigen. Dies ist die dritte Strafexpedition, die von der Nankingregierung im Laufe dieses Jahres angeordnet worden ist. Man sieht darin einen Beweis, daß das Land durchaus noch nicht geeinigt ist. „Times“ berichtet aus Schanghai: In Kanton herrscht große Besorgnis infolge der Meldung, daß General Kiangshahwei mit seinen Leuten auf die Stadt Losdrat, um sie anzugreifen. Japanischen Berichten zufolge marschiert eine Brigade von Truppen Fengshiangs von Schanki nach Süden, um Kiangshahwei zu unterstützen. Die Nankingregierung versichert jedoch, daß Marschall Fengshiang loyal geblieben sei.

Um Chinas Souveränität

Englands und Amerikas Antwort an China — China und Artikel 19 des Völkerbundespaktes — Die letzte Lösungsmöglichkeit

Man muß die freundlichen Worte, die der Chef der englischen Regierung in Genf für China sprach, die Aktion des chinesischen Hauptdelegierten Dr. C. C. Wu hinsichtlich des Artikels 19 des Völkerbundespaktes in den richtigen Zusammenhang bringen mit den Antworten Englands vom 12. August und der U.S.A. vom 4. September auf die Note der Nankingregierung vom 27. April d. J., in der Nanking auf die Nankingregierung die Territorialitätsrechte der Fremdmächte ersuchte, um ein geschlossenes und klares Bild von den großen Linien der chinesischen Außenpolitik zu gewinnen. Vielleicht wird die Aktion des Dr. Wu hinsichtlich des Artikels 19 über die Revision unpaßbar gewordener Verträge darunter leiden, daß Auswirkungen einer diesbezüglichen Entschließung auch den Bestand des Versailler Vertrages betreffen könnten. Allerdings wäre auch ohne dies Dr. Wu's Appell vorläufig ergebnislos geblieben, denn selbstverständlich wird sich England und werden sich die übrigen in China interessierten Fremdmächte so lange als geht, gegen eine von Genf aus in Gang zu setzende Aktion zugunsten der Wiederherstellung der chinesischen Souveränität wehren.

Um die Ausfichtslosigkeit der chinesischen Bemühungen zu begreifen, verliert es sich, den Wortlaut der englischen Antwortnote an die Nankingregierung, die übrigens mit der entsprechenden amerikanischen Antwortnote im wesentlichen übereinstimmt, näher zu betrachten. Sie befaßt sich nach der Betonung der freundschaftlichen Gefühle der englischen Regierung gegenüber China mit der Geschichte des gegenwärtigen Systems der Territorialität und stellt fest, daß dieses System fest in der Vergangenheit wurzelt. Sie stellt ferner fest, daß besonders „der Begriff internationaler Beziehungen auf der Grundlage eines Verkehrs zwischen gleichstehenden und unabhängigen Staaten dem chinesischen Denken gänzlich fremd“ sei. Nach einigen weiteren Erklärungen über die Entstehungsgeschichte der sogenannten Vertragsverträge, der Konsulargerichtsbarkeit usw. kommt die Note dann auf das Grundproblem zu sprechen und macht darauf aufmerksam, daß die Annahme neuer Verträge auf der Grundlage westlicher Rechtsanschauungen nur einen Teil der Aufgabe darstelle, die es zu bewältigen gilt, ehe man die Vereinbarungen, die bisher für den Aufenthalt der Fremden in China maßgebend waren, gänzlich aufzuheben sich anschauen könnte. Damit die geplanten Reformen Wirklichkeit werden können, ist es nach Meinung der englischen Regierung nötig, das westliche Rechtsgrundgesetz vom Volke ebenso anerkannt werden, wie von seinen vorgelegten Behörden und daß die Gerichtshöfe, welche nach den neuen Gesetzen zu urteilen haben, unabhängig sind, nicht nur von den militärischen Machthabern, sondern auch von Gruppen und Verbindungen, die entweder in willkürlicher Weise ihre Eigenständigkeit aufstellen und damit den Gesetzen zuwiderhandeln, oder die bestehenden Gerichte mehr zur Erreichung politischer Ziele benutzen, als zur Ausübung einer chinesischen und Fremde gleich behandelnden Rechtsprechung. Nicht eher als bis diese Forderungen in weit größerem Umfang erfüllt sind, als es heute der Fall zu sein scheint, wird es für britische Kaufleute möglich sein, überall in China zu wohnen und Handel zu treiben und dabei den gleichen Schutz und dieselbe Freiheit zu genießen, wie chinesische Kaufleute in Großbritannien. Jede hierauf zielende Vereinbarung würde für geraume Zeit noch einen papiernen Vertrag für die englischen Kaufleute bedeuten, dem sie keine praktische Bedeutung beimessen könnten. Jeder Versuch, einen solchen Vertrag vorzeitig durchzuführen, würde nicht nur für den britischen Kaufmann ohne Nutzen, sondern auch geeignet sein, die chinesische Regierung und das chinesische Volk in politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen.

Nach diesen Feststellungen kommt die englische Note — es sei nochmals betont, daß die amerikanische Note ganz ähnlich lautet — zu dem Schluß, daß, so lange solche Verhältnisse obwalten, das gegenwärtige System, wenn auch vielleicht in etwas abgeänderter Form, beibehalten werden muß. Wie wird man sich als objektiver Beurteiler zu der dadurch herbeigeführten Lage zu stellen haben? Als um die letzte Jahreswende ein neuer Tarifvertrag nach dem anderen zwischen China und den Fremdmächten abgeschlossen wurde, glaubte man allgemein, daß nun auch die Zeit zur völligen und grundsätzlichen Revision der Beziehungen Chinas zu den übrigen Mächten nahe sei. Diese Hoffnung hat ge-

tragen, denn man kann beim besten Willen nicht leugnen, daß die Feststellung der englischen Note in sehr wesentlichen Beziehungen zutrifft. Insbesondere wenn man auf dem Prinzip gleichen Rechts und gleicher Sicherheit für englische Kaufleute in China und für chinesische Kaufleute in England besteht, so ist nicht abzusehen, wann überhaupt jemals China der so drückend empfundenen Sonderrechte der Fremden entledigt werden soll. Hier ruht das Problem: die europäischen Mächte können und dürfen nicht sachlich und kalt Recht gegen Recht, Vorteil gegen Vorteil, Nachteil gegen Nachteil aufrechnen, denn sie er-

freuen sich ja in China zahlloser Rechte und Vorteile, die auf Ungleichheit gegründet sind. Es muß immer wieder gesagt werden, daß Europa an China eine große Schuld gutzumachen hat. Erst wenn Europa sich darauf besinnt und erkennt, daß die lokale, nachteilige und nicht auf den gegenwärtigen Vorteil berechnete Hilfeleistung auch zugleich — auf weite Sicht betrachtet — das beste Geschäft wäre, das man in China machen könnte, wird man über die Zeit solcher enttäuschender Notwechsel hinwegkommen und die Herstellung einer wirklichen zentralen und souveränen Staatsgewalt in China absehen können.

Einreisegenehmigung, aber Arbeitsverbot

Die Tragödien zurückgekehrter Auslandsdeutscher

Ein junger, kräftiger, intelligenter, vorläufig noch gesunder, vorläufig noch „anständiger“ Mensch — letzteres im Sinne des Strafrechtswörterbuchs —, ein Deutscher, mit deutschem Vor- und Zunamen (die Eltern und Großeltern ebenfalls Deutsche reinsten Wassers). Dieser junge Mann von siebenundzwanzig Jahren, der arbeitsfähig und arbeitsfreudig ist, der sicherlich Gutes leisten kann und will, der es auch versteht, sich selber Arbeit zu verschaffen, wird, so lesen wir in der „Neuen Leipziger Zeitung“, in aller kürzester Frist gesund und unbescholten gewesen sein. Weil er nicht arbeiten darf! Weil das Gesetz, irgendwelche Verordnungen, die Polizei oder was weiß ich was noch — es ihm verbietet! Weil er wohl Deutscher — und als solcher von vielen offiziellen und offiziellen Stellen befristet und bestempelt — aber nicht Reichsausländer, sondern bloß staatenloser Wolgaweisender ist. „Deutschstämmige Rückwanderer“ lautet die amtliche Bezeichnung für berartige Unglücksbengel.

Günther T., gebürtig aus Katharinenstadt an der Wolga, hatte sich seinerzeit der Wrangel-Armee angeschlossen und war mit dieser nach dem Debacle der Weissen Armee nach der Türkei, später nach Serbien verschlagen worden. Dann gelang es ihm, nach Wien zu kommen, wo er Beschäftigung als kaufmännischer Angestellter fand. Dann ging das Unternehmen ein und er suchte lange Zeit vergebens nach Arbeit, um schließlich — freigegeben und billigen Platzschlagen Folge leistend — nach Deutschland abzureisen. ... Weil doch Deutschland viel größer ist und deshalb auch mehr Arbeitsmöglichkeiten bietet. Und außerdem ist es doch das Land, aus dem meine Familie stammt. Zurück an die Wolga kann ich nicht mehr, da war es für mich doch ganz selbstverständlich, daß ich, der Nachkomme deutscher Auswanderer, in deren alter Heimat mein Fortkommen suchte.

Er beantragte und erhielt die Einreisegenehmigung, — man nahm ihn also in Deutschland auf.

Kein Amt, keine Polizeibehörde hatte etwas dagegen. Wohl aber hatte gleich der erste Besteher sehr viel dagegen, daß Günther T. ... auf dem Lande bei irgend einem kleinen Gutsbesitzer endlich, endlich Arbeit gefunden hatte, daß er ohne den sogenannten Befreiungsschein arbeitete. Also verfuhr T., sich einen Befreiungsschein zu bekommen. Zuerst bei einem Arbeitsamt. Ver-

gebens — es gäbe genug arbeitslose Reichsdeutsche, an die man in erster Linie denken müsse. „Ja, wenn Sie noch wenigstens Pole wären, polnische Landarbeiter, die müssen wir aufpassen, da existiert ein Abkommen zwischen den Regierungen, aber so ... nichts zu machen!“ T. begann zu wandern, von einem Arbeitsamt zum andern — überall dieselbe Antwort. Dann gab er auf, suchte sich wieder Arbeit, ohne „befreit“ worden zu sein. Bekam auch hin und wieder welche, bis die mehr oder weniger wachsame Ortspolizei ihm nach mehr oder weniger kurzer Frist die Weiterarbeit untersagte.

Ein Jahr lang hatte er sich auf diese Weise durchgeschlagen, bis er schließlich vor einigen Monaten nach Berlin kam. Durch Vermittlung irgendwelcher Bekannter hatte er eine Stellung als Manierpieler bekommen. Außerdem hoffte er jetzt endlich den ersehnten Befreiungsschein zu bekommen, da sein Gesuch an das Landesarbeitsamt sowohl von der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, als auch von der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen aus Rußland und Polen, beantwortet wurde.

Er wurde abgewiesen! Die Stellung durfte er nicht antreten. Aber an demselben Tage wurde von der Polizei seine Aufenthaltsgenehmigung verlängert,

so gar auf ein ganzes Jahr, da er ja Deutscher ist. Als er auf dem Landesarbeitsamt — schon in besserer Begewandlung — fragte, was er in dieser Sache überhaupt noch unternehmen könnte, wurde ihm gesagt, daß er ja noch ein gleiches Gesuch durch sein zuständiges Polizeirevier einreichen könnte; das sollte aber vier Mark und Soudswiel, und viel Soud habe es auch nicht, der endgültige Entscheidung liege ja doch beim Landesarbeitsamt!

Als ich Günther T. zum letzten Male sah, hatte er keinen Hut mehr; ... ich habe ihn für einige Pfennige verkaufen müssen, weil ich doch so hungrig war. Aus meinem Zimmer mühte ich fort, wohne jetzt im ... Tiergarten. Was weiter wird, weiß ich nicht. ... Werde wohl wieder aufs Land gehen, mit den Verdarmen Verstand spielen.

Kein Einzellid! Es gibt viele solcher deutschstämmiger Rückwanderer, denen man den Aufenthalt in Deutschland gestattet, die Existenzmöglichkeit aber abdröckelt. Arbeiten dürfen sie nicht.

Rund um die Welt

Sturmschäden an der Nordsee

Aus dem Gebiet der Unterelbe und der Provinz Schleswig-Holstein laufen aus zahlreichen Orten Meldungen über die in der Nacht zum Sonntag durch den Sturm und eine Springflut angerichteten schweren Schäden ein. Die Insel Sylt wurde von einer Hochwasserfatale heimgesucht. Auch die Eiderdeiche sind wieder an verschiedenen Stellen gebrochen und haben zur Ueberflutung weiter Ländereien geführt. An der Rortorfer Kirche, an der gegenwärtig Reparaturen ausgeführt werden, hat der Sturm bedeutende Zerstörungen angerichtet. Empfindlich wurde die Eiderinsel Krautland betroffen. In der Gegend von Stade wurde mehrfach Vieh abgetrieben und ertrank. Der Dampferverkehr nach Helgoland begegnete Schwierigkeiten. Der Dampfer „Rubender“ kehrte halbwegs nach Cuxhaven zurück, wo die Passagiere vom Dampfer „Cobra“ übernommen und nach der Insel gebracht wurden. Verschiedene seewärts gegangene Schiffe kehrten wieder nach Cuxhaven um, um eine Besserung des Wetters abzuwarten.

Schwere Unwetter in Italien

Zehn Eisenbahnbeamte verschollen

Eine schwere Unwetterkatastrophe, die an verschiedenen Stellen in Italien den Bahnverkehr empfindlich gestört hat, hat, wie jetzt erst eingetroffene Berichte vermuten lassen, anscheinend auch Menschenleben gekostet. Am Sonnabend nachmittag wurde auf der Eisenbahnstrecke Balzano-Bellamuro vor dem Abgang des planmäßigen Personenzuges im Interesse der Sicherheit der 150 Passagiere dieses Zuges ein aus zwei Wagen und einer Lokomotive bestehender Inspektionszug mit Beamten und Streckenarbeitern von Balzano abgelassen, um den Zustand der Strecke zu untersuchen. Dieser Zug ist zwischen zwei Tunnels an der Brücke über den Platano vom Hochwasser überflutet worden, das die Lokomotive zum Stehen brachte und den Tender in den Fluß hinabtrieb. Zehn Personen des Zugpersonals und der Eisenbahnarbeiter werden seitdem vermisst und alle bisher unternommenen Nachforschungen sind ergebnislos geblieben.

Auf der Strecke von Potenza nach Metaponte, wo der Damm auf 200 Meter unterbrochen ist, ist ein Notwende mit Umsteigen an der Unterbrechungsstelle eingerichtet worden. Ein ähnlicher Notwende wird morgen auf der Strecke Sciciliano-Cagonegro eingerichtet werden. Auf der Strecke Battaglia-Potenza bleibt wegen der Unterflutung der Kunstbauten der Verkehr auch weiterhin unterbrochen. In dieser Gegend sind auch die Landstraßen und die Telegraphenleitungen zerstört.

Dorfbrand in Oberösterreich

In der aus 17 Häusern bestehenden Ortschaft Daxstod im Bezirk Freistadt brach ein Feuer aus, dem elf Häuser samt den Nebengebäuden und die gesamte Ernte sowie die landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer fielen. Bei den Löscharbeiten erlitt ein Postbesitzer lebensgefährliche Brandwunden.

Eisensuchttragödie

In der Nacht zum Montag wurde in Schönau bei Ohrdruf in Thüringen die 23jährige Tochter eines Korbmachers, die mit einem Ortsbewohner auf dem Nachhausewege sich befand, von ihrem früheren Verlobten, der in dem jungen Begleiter wahrscheinlich einen Nebenbuhler vermutete, hinterrücks erschossen. Der Täter ist flüchtig.

Erste Hypothek auf das Haus eines Warenhausdiebes

In der Gerichtsverhandlung gegen eine Reihe von Warenhausdieben in Wien kam es zu einem sensationellen Zwischenfall, als der Hauptbeteiligte Friedlinsdorf erklärte, er wisse gar nicht, was man von ihm wolle, er habe ja bereits das Warenhaus Gebr. Landauer für die von ihm und seiner Frau begangenen Diebstähle entschädigt. Er legte dem Vorsitzenden ein Dokument vor, nachdem er dem Warenhause Gebr. Landauer eine 1. Hypothek auf sein Wohnhaus im vornehmen Wiener Villendorfer Lindenthal gegeben habe. Die Hypothek lautete auf 7000 Mark und war von dem Warenhaus Landauer als Ausgleich der Diebstahlschuld akzeptiert worden.

Munitionsexplosion in Potsdam

Im Garten eines Hauses der Mamonstraße in Potsdam hatte das Standortkommando einen Befehl mit Infanteriemunition untergebracht, der gestern mittag plötzlich explodierte. Die Löscharbeit der Feuerwehrgestaltete sich sehr schwierig, da fortwährend neue Detonationen erfolgten, so daß die Feuerwehrlente hinter Bäumen Deckung suchen mußten. Im ganzen explodierten 5600 Schuß Munition. Der Brand wurde schließlich dadurch gelöscht, daß man den ganzen Befehl unter Wasser legte. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

Explosion von Feuerwerkskörpern

25 Verletzte

Neun Wagonladungen importierter Feuerwerkskörper, die vernichtet werden sollten, weil der darauf fällige Zoll nicht gezahlt worden war, wurden vorgestern in Norfolk (Virginia) auf einen Haufen geschichtet und angezündet. Die Explosion der Feuerwerkskörper erfolgte mit unvorhergesehener Heftigkeit, und richtete im Umkreis von 30 Kilometern beträchtlichen Schaden an. 25 Personen erlitten Verletzungen.

Drei Soldaten durch eine Granate getötet

Infolge Explosion einer Granate sind in Barcelona drei Soldaten getötet, ein Offizier und sieben Mann schwer verletzt worden.

Mutter und Sohn in den Tod

Mit zusammengebundenen Händen wurden der Chauffeur Josef Schmidt und seine Mutter als Beute aus der Müllschleuderei Falperre bei Reichenberg in Böhmen gezogen. Der Chauffeur sollte sich wegen eines Zusammenstoßes mit einem Motorradfahrer vor Gericht verantworten, was den hochgradig Nervösen wahrscheinlich in den Tod getrieben hat.

Winter im Allgäu

Wie der „B. Z.“ aus Repton im Allgäu gemeldet wird, hat es in den Allgäuer Bergen infolge des starken Witterungsumschlages ziemlich stark geschneit. Die Berge sind bis zu 1500 Meter herab in weißes Schneegewand.